Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

89 (22.2.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 89 — 77. Jahrgang. — Karlsruhe, Freitag, 22. Februar 1918 — 77. Jahrgang. — Mittagsblatt.

Die Jahresbeute des U-Bootkrieges.

Der russische Friedens-Kurier in Berlin eingetroffen. — Einmarsch der deutschen Truppen in Minsk. v. Kühlmann und Czernin nach Bukarest abgereist.

Die deutschen Truppen in Minsk.

WTB. Berlin, 21. Febr. Abends. (Amtlich.) Der Vormarsch im Osten dauert an. Deutsche Truppen sind in Minsk eingerückt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Die neuen Friedensverhandlungen mit Rußland.

() Berlin, 21. Febr. Wie dem „Berl. Tagebl." berichtet wird, ist der russische Kurier gestern abend in Berlin angekommen und hat den Friedensvorschlag der Petersburger Regierung überreicht. Die Urkunde, die mit dem bekannten Petersburger Funkspruch übereinstimmt, ist von Lenin und Trotzki unterzeichnet. Ueber den Inhalt der deutschen Antwortnote, die erst in einigen Tagen abgesandt werden dürfte, werden noch Beratungen gepflogen.

() Berlin, 21. Febr. Wie die „Nordd. Allg. Ztg." mitteilt, ist der Beginn der neuen Verhandlungen mit den Russen erst in einigen Tagen zu erwarten. Der Staatssekretär von Kühlmann wird deshalb die Zwischenpause benutzen, zunächst als deutscher Bevollmächtigter die Verhandlungen über einen Friedensschluß mit Rumänien zu führen.

() Berlin, 21. Febr. Der Gesandte von Rosenberg wird, wie der „Berl. Lokalanz." erfährt, nach Brest-Litowsk fahren und dort alles für die neuen Verhandlungen mit der russischen Delegation vorbereiten. Voraussetzung für die neuen Brest-Litowsker Besprechungen sei natürlich, daß die Russen auf die von uns gestellten Bedingungen eingehen.

() Berlin, 21. Febr. Die „Kreuzztg." schreibt: Was die Führung der neuen Verhandlungen anbetrifft, so ist man unsererseits nach den mit Trotzki in Brest-Litowsk gemachten Erfahrungen entschlossen, eine Wiederholung des Doppelspieles, wie es die russischen Unterhändler mit den Vertretern der Mittelmächte es getrieben haben, nicht zu gestatten. Unsere Regierung wird den Rumänen für die Verhandlungen nur soviel Spielraum gestatten, wie die sachlichen Schwierigkeiten unbedingt erfordern und keinen Zweifel darüber lassen, daß sie gewillt ist, die Forderungen, die sie billigerweise stellen kann, durchzudrücken. Wenn die Verhandlungen durch die Haltung der Rumänen scheitern sollten, so werden sie die Folgen zu tragen haben.

() Berlin, 21. Febr. Wie das russische Angebot von deutscher Seite beantwortet werden wird, ist offiziell noch nicht bekannt geworden. Man wird aber lt. „Voss. Ztg." nicht fehlgehen, wenn man die von dem Abg. Dr. Stresemann in seiner gestrigen Reichstagsrede verlangten Garantien mit den von der Regierung vermutlich zu fordernden Sicherheiten als im wesentlichen übereinstimmend betrachtet. Danach würde die erneute Einladung zu Friedensverhandlungen von folgenden Voraussetzungen abhängig gemacht werden: Restlose Räumung von Esthland und Livland; sofortige Freilassung aller durch die Russen gefangen genommenen Esthländer und Letten; Anerkennung der finnischen Selbständigkeit und des Friedensschlusses mit der Ukraine, sowie vollständige Räumung dieser beiden Gebiete.

Wilsons Ansichten.

() Berlin, 21. Febr. Laut „Berl. Tagebl." berichten die „Daily News": Präsident Wilson habe in einer freundschaftlichen Note an die Alliierten den Wunsch nach einer Ueberprüfung der Friedenszielbeschlüsse der Versailler Konferenz ausgedrückt.

() Berlin, 21. Febr. Dem „Berl. Tagebl." zufolge meldet der Pariser „Herald" aus Newyork: Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs Lansing im Repräsentantenhaus erklärte Präsident Wilson, die Aussprache über die Friedensmöglichkeit noch nicht für beendet. Der Präsident erwartet zunächst eine weitere Antwort von dem österreichischen Minister des Aeußern Grafen Czernin und dem Reichskanzler Grafen Hertling.

Ergebnis des ersten Jahres des uneingeschränkten U-Bootkrieges: 9590000 B.R.T.

* Berlin, 21. Febr. (Amtlich.) Im Monat Januar sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte insgesamt 632000 B.R.T. des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes vernichtet worden. Damit beläuft sich das Ergebnis des ersten Jahres des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf 9590000 B.R.T.

Der Chef des Generalstabs der Marine.

Ein Protest der Neutralen.

WTB. Bern, 22. Febr. Die „Union Hellennique" in der Schweiz richtet einen Aufruf an das schweizerische Volk und alle anderen Neutralen gegen die erzwungene Kriegsbeteiligung Griechenlands, die nur die Opfer eines weiteren kleines Volkes bedeute. Sie bestreitet denjenigen, die nur mit Hilfe des Auslandes augenblicklich Griechenland in der Hand haben, jedes Recht namens des griechischen Volkes zu sprechen, seine Geschicke zu leiten und ihm den Krieg aufzuzwingen.

Zum deutschen Vormarsch an der Ostfront.

D. K. Das deutsche Ostheer hat am 18. Februar mittags 12 Uhr auf der ganzen Front von der Ostsee bis zu den Grenzen der Ukraine zum Schlage angesetzt. Die Festung Dünaburg wurde noch am selben Tage durch Handstreich genommen. Diese Maßnahme ist die einzige Antwort, die auf die Verschleppungspolitik der russischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und auf den einseitigen Abbruch dieser Verhandlungen durch Herrn Trotzki gegeben werden kann.

Deutschland hatte die ehrliche Absicht, mit dem russischen Volke zu einem für beide Teile ehrenvollen Frieden, der die Grundlage eines dauernden friedlichen Nebeneinanderlebens der beiden Völker für die Zukunft bilden sollte, zu gelangen. Dieses Resultat ist nur mit der Ukraine erreicht worden, weil deren Delegierte mit dem aufrichtigen Willen zum Frieden nach Brest-Litowsk kamen. Ergebnislos mußten dagegen alle Verhandlungen mit den bolschewistischen Vertretern der Petersburger Regierung bleiben, da diese nicht von dem Willen zum Frieden beseelt waren, sondern in völliger Verkennung der politischen und militärischen Lage Deutschlands und befangen im phantastischen Streben nach einer allgemeinen Weltrevolution auf Unterwühlung der Standhaftigkeit des deutschen Volkes und Untergrabung der Disziplin des deutschen Heeres hofften und planmäßig hinarbeiteten. Sie verfolgten infolgedessen kein anderes Ziel, als die Verschleppung der Verhandlungen bis zur Verwirklichung ihrer auf die Vernichtung Deutschlands gerichteten Hoffnungen.

Obwohl diese Absichten der russischen Delegation klar hervortraten und in Propagandaschriften, wie z. B. der „Fackel" unverhüllt ausgesprochen wurden, obwohl diese offiziell unterstützten Propagandaschriften im Tone einer wüsten Revolverpresse die deutsche Regierung mit nicht zu überbietenden Schmähungen bedachten, hat die deutsche Regierung doch mit größter Langmut die Verhandlungen bis an die Grenze des Möglichen fortgesetzt.

Als Herr Trotzki alle Verschleppungsmöglichkeiten erschöpft sah, hat er durch eine einseitige Erklärung die Verhandlungen abgebrochen und so den Friedensabschluß vereitelt. Wie wenig er gewillt ist, den wahren Wünschen des russischen Volkes Rechnung zu tragen, beweist am klarsten die gewaltsame Auseinandertreibung der verfassunggebenden Versammlung, deren Zusammensetzung das Weiterbestehen der bolschewistischen Diktatur in Frage stellte! Die bolschewistische Schreckensherrschaft stützt sich heute in keiner Weise auf den Willen des russischen Volkes, sondern lediglich auf einen schonungslosen Terrorismus, der das russische Volk völlig zugrunde zu richten droht.

Der am 18. Februar angetretene Vormarsch wird dem russischen Volke zeigen, daß die Disziplin der deutschen

---

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(89) (Nachdruck verboten.)

Dem Geheimrat war dieser Bescheid nach Sachlage sehr unangenehm. Es war nicht nötig gewesen, daß seine Frau Dr. Rehfeld so hochfahrend behandelt hatte!

Es war Mitternacht, als Astrid leise an die Tür von des Vaters Schlafzimmer klopfte. „Papa, darf ich eintreten?"

Er richtete sich im Bett auf. „Was ist, Astrid?"

„Papa, mir gefällt unsere Ursel gar nicht; sie stöhnt und fängt an zu phantasieren! Ich hab solche Angst — wir müssen doch wohl einen Arzt holen lassen und mit dem Vertreter des Sanitätsrates zufrieden sein — bis morgen früh kann ich nicht in dieser Angst bleiben."

Der Geheimrat warf einen ärgerlichen Blick auf die Tür zum Schlafzimmer seiner Frau, das nebenan gelegen war. „Zu dumm, daß Mama —"

„Ah, du meinst wegen Dr. Rehfeld?"

Er nickte. „Zu dem Mann hätte ich Vertrauen."

„Dann wollen wir telephonieren."

„Nach dem wie Mama — unmöglich."

„Papa, und derweilen wird Ursel noch kränker." Eine heiße Angst klang aus Astrids Stimme. „Mein Gott, was tun! Vielleicht, daß wir ihm das Auto schicken und dem Chauffeur ein paar Worte mitgeben — in einigen Minuten kann der Arzt hier sein — bis nach der Stadt dauert es zu lange, und den Vertreter des Sanitätsrats kennen wir auch nicht."

„Ich bezweifle, daß Doktor Rehfeld kommen wird, da Mama sein ärztliches Können angezweifelt hat! — Ja, vielleicht, wenn ich selbst ihn bitten würde," setzte er überlegend hinzu.

„Nein, Papa, du kannst, du darfst das nicht," entgegnete sie rasch, und dann nach einigem Besinnen: „Papa, ich fahr mit dem Chauffeur und bitte ihn! Bleibe du aber so lange bei Ursel — die Jungfer ist ganz unfähig; sie sitzt da und weint! — Wir müssen das Opfer dieser Demütigung um Ursels willen bringen!"

„Ja, mein Kind, es ist das einzig Mögliche so! Tue es, und ich bin dir sehr dankbar."

Der Geheimrat klingelte seinem Diener und gab ihm Auftrag, sofort den Chauffeur zu benachrichtigen. Astrid nahm sich nicht die Zeit, sich umzukleiden; sie warf nur einen dicken Pelzmantel über das weiße, seidene Gewand und hüllte den blonden Kopf in einen Schal. Die Angst um die Schwester verzehrte sie; noch nie war ja Krankheit in ihr Leben getreten.

Schwer empfand sie die Demütigung, den Manne bittend zu nahen, der in ihrem Hause gekränkt worden war. Doch es blieb ihr keine andere Wahl.

Sechzehntes Kapitel.

Wie ein Pfeil flog der elegante Kraftwagen des Geheimrats dahin, die Landstraße durch seine Lampen taghell erleuchtend. Die Hunde im Dorfe schlugen bei dem ungewohnten Lärm laut an, als der Wagen ratternd vor dem Doktorhause hielt.

Während der Chauffeur klingelte und auf Oeffnen wartete, durchlebte Astrid Vermehren qualvolle Minuten; ihr Stolz bäumte sich, die Taktlosigkeit der Mutter gut machen zu müssen! „Bitten" war ein Wort, das bisher nicht in ihrem Wörterbuch gestanden! Drückend empfand sie das Ungewöhnliche ihres Schrittes, der dennoch durch die Umstände geboten war.

Jetzt vernahm sie des Arztes ruhige Stimme und den Bericht des Chauffeurs, der zum Schluß sagte: „Das gnädige Fräulein ist mit gekommen; sie wartet im Wagen."

Eine Minute später stand Alfred Rehfeld vor der Wagentür, die der Chauffeur geöffnet hielt, und sie sah im hellen Schein der Wagenlaternen sein ernstes Gesicht.

„Herr Doktor, verzeihen Sie, daß wir Sie in so später Stunde nochmals bemühen," sagte sie mit unsicherer Stimme, „doch meine Schwester scheint kränker — ich habe Sorge."

Wie seltsam das Wort „Sorge" in Astrid Vermehrens Munde klang!

„O, bitte," wehrte er kühl ab, „es ist lediglich meine Pflicht, jedem Ruf um Hilfe nachzukommen." Dann trat er mit einer Verbeugung zurück und schwang sich auf den Sitz neben den Chauffeur.

Nach wenigen Minuten waren sie zur Stelle. Doktor Rehfeld schritt an ihrer Seite die breite Freitreppe hinauf, den Blick geradeaus gerichtet, als sei sie nicht da. Fröstelnd hüllte sie sich fester in den kostbaren Pelzmantel, ihn scheu von der Seite ansehend.

Als Astrid vorsichtig die Tür zu Ursulas kokett eingerichtetem Schlafzimmer öffnete und mit ihrem Begleiter eintrat, erhob sich der Geheimrat, der in Sorge an seines Kindes Bett saß.

„Herr Doktor!" Wie eine Bitte klangen diese beiden Worte, während er dem Arzt die Hand entgegenstreckte.

Doktor Rehfeld verneigte sich und schnitt jede weitere Bemerkung ab, indem er sich sofort der Kranken zuwandte, die unruhig dalag und mit fieberleuchtenden Augen verständnislos auf die Anwesenden starrte. Er stellte einige kurze Fragen, während er mit ernstem gespannten Zug im Gesicht Ursula beobachtete. Dann fühlte er nach den Umschlägen, die nur ganz lose um den Körper der Kranken hingen. Seine Stirn runzelte sich da. „Hat man meine Vorschriften denn nicht beachtet? Wie diese Umschläge angelegt sind, haben sie der Patientin nur geschadet." Unwillig schüttelte er den Kopf.

Fast demütig sagte da Astrid: „Herr Doktor, ich habe mir solche Mühe gegeben."

Er streifte sie mit einem unbestimmten Blick, der zu sagen schien: „Nicht einmal Umschläge zu machen verstehst du."

Dann erneuerte er selbst den Umschlag und legte ihn richtig an.

Der Geheimrat beobachtete sein ernstes Gesicht.

„Herr Doktor, ist meine Tochter sehr krank?" fragte er leise.

„Ich kann nicht verhehlen, daß sich ihr Befinden überraschend verschlimmert hat. Es war nicht vorauszusehen, als ich am Abend hier war; das Fieber ist sehr hoch."

Der Herzschlag drohte Astrid auszusetzen; bargen seine Worte nicht eine Anklage für sie.

(Fortsetzung folgt.)

Armee unerschüttert und ihr Offensivgeist und ihre Stoßkraft ungebrochen ist. Die Stimmung im Innern Deutschlands wird der Welt beweisen, daß das deutsche Volk viel zu klug ist, um sich durch die hohlen Phrasen von Demagogen blenden und betören zu lassen. Gewiß ist die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten für das deutsche Volk eine Enttäuschung, den das deutsche Volk wünscht und will den Frieden mit dem russischen Volke. Es bot die Hand dazu unter für Rußland durchaus annehmbaren Bedingungen: es verlangte nicht nur keine Kontribution, sondern es bot sogar wirtschaftliche Hilfe an, um das durch die Bolschewikiherrschaft zerrüttete Wirtschaftsleben Rußlands wieder in normale Bahnen zu bringen. Es verlangte ebensowenig Annexionen, sondern lediglich die Zustimmung Rußlands dazu, daß die von Nichtrussen bewohnten Gebiete das so lange entbehrte Recht erhalten, sich ihren nationalen Wünschen entsprechend zu organisieren und zu leben.

Wir können nicht zusehen, daß die bolschewistische Regierung eine Armee organisiert, die uns später in den Rücken fallen kann, während wir an anderen Fronten kämpfen. Es kann weder geduldet werden, daß die Bolschewiki die Ukraine wegen ihres Friedensschlusses mit den Zentralmächten durch den Bürgerkrieg zugrunde richten — so wird die öffentlich anerkannte Unabhängigkeit dieses Landes und sein „Selbstbestimmungsrecht" von der Petersburger Regierung geachtet! — noch kann die deutsche Armee mit Gewehr bei Fuß den Greueltaten der Bolschewiki in Livland und Esthland und Finnland zusehen.

Es liegt Deutschland an sich fern, sich in die innerrussischen Verhältnisse einzumischen aber es kann gegenüber den auf allen Seiten laut werdenden Hilferufen nicht taub bleiben. Es muß dabei für die Zukunft der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß das russische Volk zu einer Vertretung seiner nationalen Interessen gelangen möge, mit der der Abschluß eines dauernden Friedens möglich sein wird.

Die deutschen Waffen kämpfen somit nicht gegen das russische Volk, sondern ausschließlich gegen die bolschewistischen Machthaber, die den Abschluß eines Friedens zwischen den beiden Völkern verhindern. Der am 18. Februar begonnene deutsche Vormarsch erscheint — so paradox es klingen mag — als das einzige Mittel, um den erwünschten Frieden herbeizuführen.

*

() **Berlin**, 22. Febr. Ueber den Verlauf des deutschen Vormarsches melden die Berliner Blätter: Unsere Operationen im Osten schreiten planmäßig fort. Die Truppen, auf die wir gestaßen sind, sind völlig desorganisiert. Bei der Besetzung der neuen Gebiete legen wir besonderen Wert auf die Wiederherstellung der Eisenbahnlinien, besonders in der Ukraine. Unsere Soldaten sind angewiesen worden, der Bevölkerung freundschaftlich zu begegnen und ihrer Eigenart Rechnung zu tragen. Die Freude über unseren Vormarsch macht sich unter der Bevölkerung überall geltend. Abgesandte des ersten finnischen Regiments boten uns in Hapsal ihre Unterstützung gegen die maximalistischen Regimenter an. Obgleich sie für die anderen esthnischen Regimenter keine Garantie übernehmen konnten, waren sie doch der Ueberzeugung, daß diese sich bei unserem Vorrücken uns anschließen würden.

Die wirtschaftliche Seite des ukrainischen Friedensvertrages.

WTB. Berlin, 21. Febr. Der Hauptausschuß des Reichstags beriet heute die wirtschaftliche Seite des Friedensvertrages mit der ukrainischen Volksrepublik. Exz. Körner erläuterte die einschlägigen Bestimmungen. Der Vertrag lasse für einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Oesterreich freie Hand. Der Austausch von landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen zwischen uns und der Ukraine solle durch eine Zentralstelle unter staatlicher Kontrolle und unter Mitwirkung gemischter Kommissionen erfolgen. Die Vertreter der Ukraine waren nicht in der Lage, genaue Angaben über die in ihrem Lande lagernden Lebensmittelmengen zu machen, es dürften aber doch erhebliche Mengen vorhanden sein. An gutem Willen, sie zu liefern, fehle es den Ukrainern nicht. Andererseits haben diese Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten usw. Unterstaatssekretär Dr. Göppert gab Auskunft über die Organisation der erwähnten Zentralstelle. Die Zufuhr von Getreide werde möglichst gefördert. Zu diesem Zwecke sei die Aufnahme des Schiffsverkehrs auf dem Schwarzen Meer nach Beseitigung der Minen in Aussicht genommen. Hierauf gab General Friedrich Auskunft über die Aufklärungstätigkeit bei den gefangenen Ukrainern. Die in Frage kommenden Ukrainer würden in der Lage sein, daheim die Lügen der Entente und deren Agitation zurückzuweisen.

Die Annahme des Vertrages.

WTB. Berlin, 22. Febr. In der Nachmittagssitzung wurde der Friedensvertrag mit der Ukraine angenommen. Im weiteren Verlaufe seiner Sitzung nahm der Hauptausschuß auch den Zusatzantrag zum Friedensvertrag mit der ukrainischen Volksrepublik an.

WTB. Berlin, 22. Febr. (Nicht amtl.) Die Annahme des Friedensvertrages mit der Ukraine und des Zusatzvertrages im Hauptausschuß des Reichstags erfolgte gegen 2 Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten in Abwesenheit der Polen.

*

WB. Berlin, 22. Febr. Der Hauptausschuß des Reichstages erörterte vor der Abstimmung über den Friedensvertrag mit der Ukraine die Frage, ob verfassungsgemäß die Zustimmung des Reichstages zu dem Vertrage in allen seinen Teilen notwendig sei. Mit Ausnahme der Vertreter der Konservativen und der Deutschen Fraktion erklärten sich die Ausschußmitglieder für die Zuständigkeit des Reichstages.

Direktor im Auswärtigen Amte, Kriege, führte aus, praktische Gesichtspunkte hätten dazu geführt, den ganzen Friedensvertrag dem Reichstage vorzulegen. Es sei kaum angängig, aus einzelnen Vertragsteilen einen Gesetzentwurf zusammenzustellen und diesem dem Reichstage vorzulegen. Indes solle durch die Vorlage des Friedensvertrages kein Präjudiz geschaffen werden, auch nicht in bezug auf die kaiserlichen Rechte. Das sei in der Begründung auch zum Ausdruck gebracht.

* * *

Der Protest Englands.

() **London**, 22. Febr. (Privattelegramm.) Graf Wladislaus Sobanski empfing vom Auswärtigen Amt ein Schreiben, worin Balfour ihm als Vertreter des polnischen Nationalkomitees in London mitteilt, die englische Regierung habe ihre Agenten in Kiew beauftragt, zu erklären, daß sie den kürzlich geschlossenen Frieden zwischen der Ukraine und den Mittelmächten nicht anerkenne und daß England keinen einzigen Frieden anerkennen werde, an dem Polen interessiert sei, wenn dieses Land nicht vorher gefragt worden sei.

Der ukrainische Friedens-Vertrag vor dem österreichischen Abgeordnetenhaus.

WTB. Wien, 21. Febr. Das Abgeordnetenhaus begann die erste Lesung des Budgetprovisorium. Abg. Götz gab namens des Polenklubs eine Erklärung ab, worin er gegen die Abtrennung Cholms an die Ukrainische Republik und gegen die Nichtzulassung der polnischen Delegierten zu den Brest-Litowsker Verhandlungen protestierte. Die Polen wünschen der jungen ukrainischen Republik eine große Zukunft und hoffen, daß die zwischen der ukrainischen Volksrepublik und dem polnischen Staat an den Grenzen sich ergebenden nationalen Streitigkeiten ohne die Beteiligung Dritter im gegenseitigen Einverständnis von Volk zu Volk ausgeglichen werden.

Der ukrainische Abgeordnete Lewyskyi begrüßte die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Ukraine durch den Friedensschluß mit der ukrainischen Republik, sowie die heutige Erklärung des Obmannes des Polenklubs, daß Polen mit dem ukrainischen Staat in ein freundschaftliches Verhältnis treten werde. Die Ukrainer seien jedoch gegen die Auffassung der Polen, daß der Friede auf Kosten des polnischen Volkes und des polnischen Gebietes von Cholm geschlossen worden sei, auf welch letzteres Gebiet die Polen kein Recht hätten.

Der tschechische Abgeordnete Winter kritisierte den Brest-Litowsker Vertrag und erklärte, die Grenzstreitigkeiten zwischen der Ukraine und Polen hätten im Einvernehmen zwischen beiden Völkern gelöst werden müssen. Er vertrete neuerlich die vielfache Herbeiziehung von Vertretern der Völker zu den Friedensverhandlungen. Während seiner Rede apostrophierte der tschechische Sozialist Somkup den auf der Galerie befindlichen ukrainischen Delegierten Sevriup durch beleidigende Zurufe, wogegen die ukrainischen Abgeordneten Trylowski und Singaliewicz in scharfer Weise demonstrierten. Vizepräsident Tusar erteilte dem Abgeordneten Somkup einen Ordnungsruf und sprach das Bedauern darüber aus, daß der Vertreter eines befreundeten Staates beleidigt worden sei. (Beifall und Zuspruch.)

Abg. Weißner gab namens des deutsch-nationalen Verbandes eine Erklärung ab, worin er den Friedensschluß mit der Ukraine billigt, und bedauert, daß die Polen uneingedenk des für die Befreiung und Wiederherstellung des Königreichs Polen von den Mittelmächten gemeinsam geführten blutigen Krieges nationale Sonderinteressen den höchsten Interessen des Staates nicht unterordnen. Der Friedensschluß mit der Ukraine war das Werk des hier führenden österr.-ungarischen Ministers, nicht eine reichsdeutsche Inspiration. Die ganzen Verhandlungen in Brest-Litowsk seien von dem gleichberechtigten Einfluß der Vertreter beider Mittelmächte getragen. Wir halten es für unsere Pflicht, die tatkräftige und durchschlagende Arbeit des Grafen Czernin besonders anzuerkennen und ihm unser Vertrauen zu erklären. Redner sprach schließlich der ukrainischen Volksrepublik warme Wünsche für die Zukunft aus.

Abg. Dazzinski (Pol., Soz.) erklärte, durch die Brest-Litowsker Verhandlungen sei das Vertrauen der Polen getötet worden. Redner zweifelt nicht, daß die Ueberschüsse durch die Ukraine nach Deutschland wandern werden und wendet sich unter lebhafter Zustimmung der Polen und stürmischem Widerspruch links in heftigen Ausdrücken über das diesbezügliche Vorgehen der Deutschen in Rumänien und Polen, wobei er vom Präsidenten mit der Bemerkung zur Ordnung gerufen wird, er könne es nicht zugeben, daß das ihm und dem Reich verbündete Deutsche Reich beschimpft werde.

Abg. Adler (Soz.) verweist auf den von Staatssekretär von Kühlmann im Deutschen Reichstage verlesenen Funkspruch der großrussischen Regierung und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die deutsche Regierung auch jetzt ihre Bedingungen nicht als verfallen erklärt. Bezüglich des Budgetprovisoriums erklärte der Redner, daß die Sozialdemokraten selbstverständlich nicht dafür stimmen können. Sie könnten es nicht tun, weil sie keine Lust hätten, politisch oder moralisch irgend eine entfernte Verantwortung für diesen Krieg zu übernehmen. (Beifall bei den Deutsch-Soz.)

Rumänien.

WB. Berlin, 22. Febr. (Nicht amtl.) Die „Wiener Mittagszeitung" vom 20. Februar bringt folgende offenbar inspirierte Mitteilung: Was Rumänien anbetrifft, so ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß Rumänien der Sachlage Rechnung tragen und die Konsequenzen aus ihrer Niederlage, besonders hinsichtlich der berechtigten bulgarischen Forderungen ziehen wolle. Für uns ist die Angelegenheit nicht brennend. Wenn Rumänien, dem der Frieden unabweisbares Bedürfnis ist, geneigt ist, auf vernünftiger Basis mit uns zu verhandeln, wird es uns bereit finden, wie uns die Bolschewikis bereit fanden, denen gegenüber wir wohl das höchste Maß von Geduld bekundeten. Gedenkt Rumänien anders vorzugehen, so hat es sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Die Rumänen sind es, die um Einleitung von Verhandlungen ersuchten.

*

Kühlmanns und Czernins Reise nach Bukarest.

WTB. Wien, 21. Febr. Wie die Blätter melden, beabsichtigte der Minister des Aeußern, Graf Czernin, heute abend nach Bukarest abzureisen. Ob diese Absicht verwirklicht wird, ist gegenwärtig noch nicht gewiß, da die Wendung, die in der russischen Friedensfrage durch den Funkspruch Trotzkis eintrat, vielleicht dem Minister als notwendig erscheinen lassen wird, andere Verfügungen zu treffen.

WB. Berlin, 21. Febr. (Amtl.) Staatssekretär Dr. von Kühlmann begiebt sich heute abend über Wien nach Bukarest.

() **Berlin**, 22. Febr. Wie der „Berl. Lokalanz." erfährt, werden in der rumänischen Hauptstadt Exz. v. Kühlmann und Graf Czernin die Besprechungen mit dem General Averescu beginnen, um möglichst bald unser Verhältnis zu Rumänien zu klären.

Rußland und Rumänien.

WTB. Petersburg, 21. Febr. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der rumänische Generalstab hat als Abgesandter den Obersten Rodalesk und Hauptmann Kadere abgeschickt, um einen Waffenstillstand bis zum 1. März zu erbitten, um die Friedensbedingungen anhören zu können, die von dem Präsidenten der französischen Mission, Hauptmann Reichsdamer angeblich angeboten worden sind. Es stellte sich jedoch heraus, daß Hauptmann Reichsdamer keine Vollmachten hatte, vielmehr lediglich beauftragt war, eine russisch-rumänische Kommission zu bilden zu dem Zwecke, den Stand der Dinge aufzuklären.

Wir sind der Ansicht, daß Hauptmann Reichsdamer und Oberst Rodalesk uns in einen, gemäß des Völkerrechts, unzulässigen Irrtum geführt habe. Unsere revolutionäre Würde gebietet uns aber, den Waffenstillstand bis zu dem festgesetzten Zeitpunkt innezuhalten, wobei wir uns an die festgesetzten Bedingungen halten, nach denen die Feindseligkeiten eingestellt werden. Wir behalten uns jedoch gegenseitig das Recht vor, Truppen zu verschieben und zusammenzuziehen. Gleichzeitig haben wir ein Ultimatum abgesandt in dem wir der rumänischen Regierung eine Frist bis übermorgen früh zur Annahme folgender Bedingungen geben:

Sofortige Räumung Bessarabiens von rumänischen Truppen und gegenrevolutionären Elementen die unter Führung Tscherbatschews dorthin gebracht worden sind und unverzügliche Rückerstattung der beschlagnahmten, Rußland gehörigen, sich auf bessarabischen Gebieten befindlichen Güter, freier Durchzug für die russischen Truppen auf rumänischem Gebiet nach Rußland, Auslieferung des Generals Tscherbatschew, der von den Sovjets für vogelfrei erklärt ist, Auslieferung der Schuldigen an der Ermordung des Kameraden Rechal und an dem Tode des 14 in Ismail erschossenen russischen Soldaten und die Offen[illegible] Sovjets.

Wir machen die rumänischen Reaktionäre darauf aufmerksam, daß um 1. 3. 5 Uhr morgens die Feindseligkeiten zur Verteidigung der russischen Revolution wieder beginnen.

Das russische Chaos.

Die Hölle unserer Gefangenen in Rußland.

WTB. Berlin, 21. Febr. Aus Meldungen, die jetzt nach und nach aus Rußland eingehen, erkennt man deutlich, wie es um die falschen Phrasen der Bolschewiki von der Gerechtigkeit und Menschlichkeit bestellt ist. Die Unterkunft unserer Gefangenen starrt von Schmutz und wimmelt von Ungeziefer. Die Unsauberkeit der russischen Gefangenenlager erzeugt zahlreiche Krankheiten und Seuchen. Die Sterblichkeitsziffer unter den Gefangenen beträgt nach Angaben von einwandfreien Zeugen 40 vom Hundert. „Das ist recht so, hier sollen sie verrecken!" hat nach eidlicher Aussage eines Rohling von Lagerkommandanten erklärt. Da es an Medikamenten und Verbandstoffen fehlt, wird Watte unausgesetzt immer wieder verwendet, bis sie vollständig von Eiter durchtränkt ist. Kranke mit ansteckenden Krankheiten werden nicht in Isolierbaracken untergebracht. Krutenschläge und Fußtritte sind an der Tagesordnung. Und solche Greueltaten geschehen in der freien Republik Rußland, die sich allen anderen so unendlich überlegen vorkommt. Es ist hier dieselbe Sache wie überall: daß der Bolschewismus sich im ganzen als ein Phrasenrausch darstellt. Was soll die Regierung tun? Vergeltung ist am Platze, nicht an den wehrlosen Geiseln in unserer Hand, sondern an den Blutmenschen in Petersburg, die der Welt vorschwatzen, sie wollten sie vom Joche des Kapitalismus befreien, und die ihr in Wahrheit ein viel grauenvolleres Joch aufzwingen, das der Anarchie, der Entfesselung aller niedrigen Instinkte und der Gewaltherrschaft der Roheit.

*

Zur Annullierung der russischen Staatsschuld.

* **Stockholm**, 21. Febr. Wie bereits gemeldet, haben die Vertreter der mit Rußland verbündeten Staaten und der neutralen Staaten gegen die Annullierung der russischen Staatsschuld einen energischen Protest eingelegt. Dieser Protest hat wegen seines Tones und seines Inhaltes bei der russischen Bevölkerung Empörung hervorgerufen. Die russische Regierung erklärte, der Protest sei vollständig gleichgültig. Um ein einmal erlassenes Dekret ungültig zu machen, bedürfe es anderer Maßnahmen. Auch die Forderung der Mächte, ihren Untertanen den durch die Annullierung entstandenen Schaden zu ersetzen, schrecke die Regierung ebenso wenig wie Drohungen.

*

In Esthland und Livland.

WTB. Riga, 21. Febr. Flüchtlinge erzählen, daß die Lage in Esthland und Livland sich täglich verschlimmere. In Stadt und Kreis Werro sind über hundert solche in Fellin etwa 140 und in Pernau etwa 24 verhaftet worden. In den lettischen Teilen haben Verhaftungen noch nicht stattgefunden. Der bekannte Aufruf zur Beseitigung aller deutschen Männer über 17 Jahren und aller deutschen Frauen über 20 Jahre ist auch in Dorpat verbreitet worden. Bei Dorpat ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Deutschen und Roten Gardisten gekommen, von denen fünf Mann getötet wurden. Letzterer Umstand kann den Anlaß zu neuen Deutschenmorden geben.

*

Finnland.

WTB. Bern, 22. Febr. Die „Morning Post meldet aus Stockholm vom 16. Febr.: Mit der schwedischen Hilfsexpedition aus finnischen Häfen angekommenen Flüchtlingen erklären, daß die Roten Garden sich jetzt wie verrückt gebärden und angekündigt hätten, daß alle Personen männlichen Geschlechts über 12 Jahre getötet werden sollen. 12000 Bolschewikis marschieren jetzt auf Haapameki, einen wichtigen Eisenbahnpunkt in Westfinnland. Aus Helsingfors verlautet, daß die Rote Garde die Stadt plündere und daß die Anarchisten dem Ausschuß für die territoriale Armee als Feind erklärt haben. Der Vorsitzende dieses Ausschusses, habe in Petersburg um die Entsendung eines Panzerzuges ersucht. Angesichts der Ablehnung des schwedischen Vermittelungsversuches durch die finnische Regierung haben die schwedischen Sozialisten einen besonderen Abgesandten nach Finnland entsandt, um die finnischen Sozialisten zu drängen, die Ablehnung rückgängig zu machen.

WTB. Stockholm, 21. Febr. Aus Finnland erfahren „Dagens Nyheter", der amerikanische Konsul in Helsingfors habe Tokoi erklärt, die Wiederherstellung der Ordnung und die völlige Sicherheit der Ausländer bildeten die Voraussetzung, unter der die Vereinigten Staaten an der Lebensmitteleinfuhr nach Finnland teilnehmen könnten. Nach „Stockholms Dagbladet" nähern sich weiße Gardisten Wyborg.

Kriegspläne der Entente.

)(**Berlin**, 21. Febr. Einem Washingtoner Telegramm der „Newyork Tribune" vom 25. Januar ist zu entnehmen, daß General Bliß als militärischer Vertreter der Vereinigten Staaten im interalliierten Kriegsrat mit der Weisung nach Versailles geschickt wurde, erneut die Aufnahme einer kräftigen Offensive im Westen zu empfehlen. Der Washingtoner Korrespondent der „Tribune" meint, daß man in Washington mit der Möglichkeit rechne, der erwarteten deutschen Offensive durch einen großen Vorstoß zuvorzukommen. Am folgenden Tage drahtete derselbe Korrespondent, daß die Regierung der Vereinigten Staaten England durch Ratschläge und durch eigenes Vorbild zu einer aggressiveren Politik auf maritimem Gebiete dränge. Die Verluste des Handels, wie auch der Kriegsflotte im Mittelmeere seien fürchterlich. Pola sei die Hauptbasis der deutsch-österreichischen Unterseebootunternehmungen im Mittelmeer. Dieser Kriegshafen könne mit guter Aussicht auf Erfolg angegriffen werden. Aehnlich sei die Lage im Atlantischen Ozean und in der Nordsee. Die Zerstörer hätten zwar dort gute Arbeit getan, aber man könne nicht behaupten, daß die Gesamtzahl von Unterseebooten Deutschlands abgenommen habe. Die Erfahrungen hätten bewiesen, daß es gefährlich sei, eine Offensive gegen die deutschen Unterseebootstützpunkte zu verzögern, in der Hoffnung, ein Gegenmittel gegen die Unterseeboote zur See zu finden.

Die wachsende Friedenssehnsucht in England.

Köln, 21. Febr. Der „Köln. Ztg." zufolge macht ein aufmerksamer Beobachter beim regelmäßigen Lesen der führenden englischen Blätter die Entdeckung, daß in England bereits eine recht fühlbare Stimmung für einen nahen Friedensschluß auf der Grundlage einer Verständigung sich eingenistet hat, ausgenommen bei der Northcliffe-Presse, die unausgesetzt bemüht ist, die öffentliche Meinung im Sinne der unbedingten Notwendigkeit der Fortsetzung des Krieges bis zum Siege Englands und seiner Verbündeten zu bearbeiten. Als Gründe für die Furcht vor einem Frieden, der Englands Interessen nicht voll entspräche, werden in den intelligenten Kreisen in erster Linie die maßlosen Versprechungen an

geführt, die den Verbündeten gemacht wurden, um sie für Englands Sache zu gewinnen, die nun einen sehr vorsichtigen, schwierigen, nur langsam verlaufenden Abbau erfahren; ferner die für England verhängnisvollen Folgen eines erzwungenen Nachgebens mit Rücksicht auf seine Weltherrschaft. In der Provinz ist die Friedensidee stärker entwickelt, als in London, wo das größte Kriegsgeschrei herrscht.

Von wohlunterrichteter Seite wird betont, England gehe dem finanziellen Ruin entgegen. Es begebe sich zu weit in Amerikas Gewalt. Die Schiffsverluste der englischen Handelsmarine fielen schwerer ins Gewicht, als die Regierung zu begreifen scheine. Bei der Unmöglichkeit der Bekämpfung der U-Boote würde die Beschaffung von Lebensmitteln für die Bevölkerung in höchstens 4 Monaten zur Krise führen. Amerika könne die hochgeschraubten Erwartungen nicht befriedigen, Italien sei als gute Aktiva aus diesem Krieg schon auszuschalten.

Diese wichtigen Punkte werden den breitesten Volksschichten vor Augen geführt, da sich andernfalls eines Tages für die Regierung und für die besitzenden Klassen die gefährlichste Lage ergeben müsse.

Asquith gegen Lloyd Georges.

WTB. London, 21. Febr. (Reuter.) Asquith, der mit einigem Beifall begrüßt wurde, erklärte im Unterhause, er hätte es gerne gesehen, wenn die Rede des Premierministers eine Woche früher gehalten worden wäre. Das Publikum habe aus der Erklärung von Lloyd George am letzten Dienstag geschlossen, daß die Regierung die volle Uebereinstimmung ihrer militärischen Berater habe. Das sei aber offenbar nicht der Fall. Asquith stellte darauf hierüber einige Fragen an Lloyd George und wartete auf Antwort. Seine Haltung rief Proteste von verschiedenen Seiten des Hauses hervor. Asquith schloß mit der Erklärung, daß er dem Beschluß des Rates von Versailles durchaus nicht entgegen treten werde. Das Publikum, sagte er, ist über die jüngsten Ereignisse beunruhigt. In den letzten zwei Monaten verloren wir Jellicoes und Robertson, die beide in hohem Maße das Vertrauen des Landes, des Heeres und der Marine genossen. Sie wurden zum Rücktritt gezwungen. Dem Rücktritt beider ging eine feindselige, gewissenlose Treiberei voran. Er halte es im Interesse eines baldigen und günstigen Friedens für wichtig, daß die Stimme der parlamentarischen Kritik nicht zum Schweigen gebracht werde.

* * *

Clemenceau und die Krise um Lloyd George.

() Köln, 20. Febr. Die „Kölnische Volkszeitung" meldet aus Genf: Die englische Krise erregt nach den letzten Depeschen große Unruhe in Paris, weil Lloyd George auf der Versailler Konferenz die Führung der Verhandlungen größtenteils Clemenceau überließ. Falls der englische Ministerpräsident fällt, käme die Stellung des Kabinetts Clemenceau in eine bedrohliche Lage. Die Sozialisten erklären offen, nach Clemenceau wäre nur ein Kabinett Albert Thomas mit sozialistischer Mehrheit möglich.

Gegen Lord Northcliffe.

WTB. Rotterdam, 22. Febr. Das unionistische Kriegskomitee aus dem Ober- und Unterhaus hat, wie verlautet, vorgestern eine Entschließung angenommen, nach der keine Zeitungsbesitzer eine Regierungsstelle bekleiden soll.

Badischer Landtag.

Aus der Budgetkommission.

B.L.C. Karlsruhe, 21. Febr. In der Sitzung der Budgetkommission wurde heute zunächst ein Kreditrest über 299 976 ℳ für die Förderung der bad. Jubiläums-Ausstellung in Karlsruhe aufgeklärt, so daß die Genehmigung ausgesprochen werden konnte.

Bei der Beratung des Murgwerks wurde mitgeteilt, daß die früheren Beobachtungen über eine Mehrwassermenge sich vollständig bewahrheitet haben. Man hoffe, daß wenn nicht noch weitere unvorhergesehene Hindernisse durch Fehlen von Arbeitskräften und Mangel an Material hinzutreten, der Vollbetrieb im Laufe des Septembers aufgenommen werden könne. Das Niederdruckwerk ist fertig und dient bereits für den eigenen Baubetrieb, während gleichzeitig eine 20 000 Voltleitung bis Rastatt vollendet ist. Gegenüber den früher angenommenen Kilowattpreisen will die Regierung mit der Mittelbadischen Elektrizitätsgesellschaft vereinbaren, daß neben einem Grundpreis, je nach der Menge der Lampen, noch ein Preis von 15 Pfg. für die Kilowattstunde vereinbart würde, wozu noch von den beteiligten, angeschlossenen Gemeinden pro Kopf der Bevölkerung von 10 ℳ für Mehrkosten der Fernleitung erhoben werden soll. Die Regierung erklärte, die Interessen der Gemeinde stets wahren und darüber zu wachen, daß ihnen keine nachteiligen Verträge angesonnen werden. Es soll Strom abgegeben werden an die Mittelbadische Elektrizitätsgesellschaft, an die Pfalzwerke, an die Oberrheinische Eisenbahngesellschaft und an die Stadt Mannheim. Mit der Stadt Heidelberg sind die Verhältnisse noch nicht geklärt. Eine Anfrage wegen der Beteiligung von Heidelberg wurde dahin beantwortet, daß es der Stadt Heidelberg überlassen bleibe, unmittelbar vom Murgwerk den Strom zu beziehen oder sich der Vermittelung der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft zu bedienen. Die Regierung erklärte weiter, daß nach Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe diese im Vereine mit Bruchsal und mit Rastatt eine gemischt-wirtschaftliche Gesellschaft gebildet und 52 Proz. des Gesellschaftskapitals übernommen habe, während die restlichen 48 Proz. von der Firma Brown-Boveri u. Co. und der Rheinischen Schuckertgesellschaft übernommen wurden. Mit dieser gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaft soll ein Vertrag abgeschlossen werden, durch den ihr als Großabnehmer die Verwertung und Verteilung der durch das Murgwerk erzeugten elektrischen Energie an die Verbraucher übertragen wird. Da in der ganzen Angelegenheit gewisse Unklarheiten und große Bedenken bestehen, wurden von der Regierung weitere schriftliche Aufschlüsse erbeten. Diese wurden zugesagt und es soll darüber in einer späteren Kommissionsverhandlung beraten werden.

Aus dem Großherzogtum.

Amtliche Nachrichten.

* Der Großherzog hat mit Wirkung vom 1. Januar 1918 im Einvernehmen mit dem Herrn Erzbischof das Kollegialmitglied des Katholischen Oberstiftungsrats Geheimen Finanzrat Johann Seger zum Vorsitzenden Rat bei dieser Behörde ernannt.

* * *

+ Heidelberg, 21. Febr. Dem Bürgerausschuß ist soeben eine Vorlage über die Aufnahme eines neuen zwei Millionenkredits zugegangen. Für Kriegsaufwendungen hat die Stadt Heidelberg seit Kriegsbeginn bis Ende 1917 etwas über 6 Millionen ℳ aufgewendet. Diesen Aufwendungen stehen Forderungen an das Reich, an Kriegsgesellschaften usw. in Höhe von etwa 1,7 Millionen ℳ gegenüber.

Kirchheim bei Heidelberg, 21. Febr. Der Bürgerausschuß hat mit überwiegender Mehrheit die Eingemeindung von Kirchheim nach Heidelberg beschlossen.

+ Pforzheim, 21. Febr. Auf dem hiesigen Bahnhof kam der 18jährige Kriegsaushelfer Rangierer Friedrich Wingerter zwischen die Puffer zweier Wagen und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

× Bonndorf, 21. Febr. Wegen Vergehens gegen die jetzt geltende Reichsgetreideordnung wurde der Betrieb der Mühle des Adolf Schwärzle in Weitmraingen und der Mühlenbetrieb des Matthäus Blattert in Brunnadern geschlossen.

* Konstanz, 20. Febr. Am Montag Vormittag wurde laut „Thurg. Volksfreund von den älteren Knaben der Anstalt Bernrain im Walde, im sogen. Junkholz (Gemeinde Tägerwilen), in der Nähe einer großen Buche liegend, der Leichnam einer Frauensperson aufgefunden. Durch Agnoszierung der Leiche wurde festgestellt, daß es sich um die Damenschneiderin Josephine Störck, geb. den 7. Februar 1890, von Emmingen, Amt Engen (Baden), handelte, welche ihren in Emmishofen wohnenden Eltern am 23. vorigen Monats, abends, in geistesgestörtem Zustande, unbekannt wohin, entlaufen ist. Nach dem Gutachten des ärztlichen Bezirksadjunkten erfolgte der Tod infolge Ermattung durch Erfrieren.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 22. Februar 1918.

= Evang. Bund. In der letzten vom evang. Bund in der Lutherkirche hier abgehaltenen gottesdienstlichen Versammlung sprach Herr Stadtpfarrer Hindenlang in eindrucksvollen Ausführungen über Luther als den Mann der Oeffentlichkeit. Weder Ehrgeiz noch Streberei, sondern lediglich sein Gewissen hat Luther gezwungen, sich in die Oeffentlichkeit zu begeben, und es ist dieser Schritt dem Mann der Innerlichkeit wahrlich nicht leicht gefallen. Sein Auftreten war nicht nur richtunggebend, sondern vorbildlich auch für unsere heutige Zeit. Die bei aller Pflege der Innerlichkeit doch nicht übersehende Bedeutung, die dem Wirken der Oeffentlichkeit zukommt, zwingt gerade in unserer Zeit die Protestanten, mehr aus sich herauszugehen, und sich auch in der Oeffentlichkeit als evangelische Christen zu bekennen. Das Reformationsjubiläum hat verschiedene Versuche, eine Besserung herbeizuführen, gebracht. Hierher gehört auch die Albrecht Thomastiftung, aus deren Erträgnissen bedürftige evangelische Schüler und Studierende unterstützt werden sollen. Die anläßlich der Versammlung zugunsten dieser Stiftung erhobene Kollekte ergab ein schönes Ergebnis.

= In der Sondervorstellung von „Glöckchen des Eremiten" im Konzerthaus am Freitag, den 22. d. M. singt Therese Müller-Reichel die Partie der Rose Friquet. — Am Sonntag, den 24. d. M. gastiert im Postillon Franz Schwerdt vom Stadttheater in Bern, welcher als erster Opereettentenor für die Sommerspielzeit des Hoftheaters im städtischen Konzerthaus in Aussicht genommen ist.

= Oeffentlicher Vortrag. Auf den heute abend 8 Uhr im großen Rathaussaal stattfindenden Vortrag des Herrn Direktor Rumswinkel über „Die Nesselfaser" wird nochmals hingewiesen.

Gold, Silber und Juwelen auf den Altar des Vaterlandes.

Das Karlsruher Rathaus weist zurzeit einen eigenartigen Schmuck auf. Zu beiden Seiten des Haupteingangs, im Schatten der beiden Kolossalfiguren Badenia und Fidelitas, erregen zwei mit Tannengrün verzierte Tafeln die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden. Auf den Tafeln selbst liest man die eindringliche Mahnung an die deutschen Männer und deutschen Frauen zur Abgabe von Gold, Silber und Juwelen zur Stärkung des Goldschatzes der Reichsbank und damit zur Steigerung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Es sind keine großen Opfer, die da gebracht werden sollen, denn die Gold- und Silbersachen werden ja angekauft in der Sammelstelle, die im Zimmer Nr. 73 des Rathauses, das eigens zu diesem Zwecke für die Goldankaufswoche eingerichtet worden ist, abgeliefert werden sollen.

In dieser Goldankaufsstelle selbst wurde der großen Bedeutung der Goldankaufswoche durch entsprechendes festliches Gepräge Ausdruck gegeben. Zwei schöne Lorbeerbäume vor dem Eingang verraten dem Suchenden sofort den Weg zur vaterländischen Betätigung. Im Zimmer selbst wird der Eintretende begrüßt durch den Feldmarschall und Ehrenbürger der Stadt, Hindenburg, dessen lebenswahres künstlerisches Konterfei von Professor Ritter im Vordergrunde des Zimmers Aufstellung gefunden hat. Durch den weiteren reichen Schmuck in Grün hat man wohl der Hoffnung Ausdruck geben wollen, daß die Erwartungen an die Opferfreudigkeit der Karlsruher Einwohnerschaft auch bei dieser Veranstaltung in Erfüllung gehen.

Zur Ehre der Karlsruher Einwohnerschaft, die bisher schon mit dem Ergebnis der Goldsammlung an der Spitze der badischen Städte steht, kann festgestellt werden, daß der Anfang der Goldankaufswoche recht vielversprechend ist. Die fünf Herren des Arbeitsausschusses unter Leitung des Herrn Ortsbaurats Hummel, und die Damen und Herren des Ehrenausschusses, die in uneigennützigster Weise sich in den Dienst dieser vaterländischen Betätigung gestellt haben, konnten sich bisher über Arbeitsmangel nicht beklagen. Ja, an einzelnen Tagen und einzelnen Stunden konnte man erfreulicherweise direkt von einem Andrang des Publikums sprechen. Aber dank der Mithilfe von Sachverständigen, unter denen Herr Privatmann Paar sich besondere Verdienste erworben hat, geht der Ankauf auch bei zeitweiligem Andrang flott und ohne Stockung vor sich. Das ist umso anerkennenswerter, als die Aufgaben der Ankaufskommission gar vielgestaltig sind. Es handelt sich ja bei dieser Goldankaufswoche nicht allein um den Ankauf von Goldsachen, sondern auch um die Sammlung von Silber, Platin und Juwelen. Was da manchmal alles zum Kauf angeboten wird. Goldene Ringe (Eheringe von Lebenden werden nicht angenommen), Uhren und Uhrketten, Armbänder, Halsketten, Broschen, goldene und silberne Beschläge, silbernes Tafelgerät, Ehrenbecher, alte Münzen und was dergleichen Dinge mehr sind. Es ist manchmal geradezu rührend, wenn man sieht, wie sich Leute des Mittelstandes mit Freude und Hingebung von dem wenigen an edlem Schmuck trennen, das sie ihr eigen genannt haben. So manches alte Erbstück von Familienschmuck hat in den letzten Tagen schon seinen Weg gefunden in die vaterländische Ankaufsstelle. Daß auch immer noch gemünztes Gold im Kasten liegt, kann man daraus sehen, daß schon einige hundert Mark an Goldstücken gegen Papierscheine umgewechselt werden konnten.

Neben Gold- und Silbersachen wurden auch schon größere Mengen an Juwelen abgegeben. Dabei sei darauf aufmerksam gemacht, daß die zum Verkauf angebotenen Juwelenschmuckstücke einen Mindestwert von 500 ℳ, einzelne Steine oder Perlen einen solchen von 200 ℳ haben müssen. Den Mindestverkaufspreis muß der Einlieferer abgeben. Bis jetzt sind von der Goldverkaufsstelle Juwelenverkäufe im Gesamtbetrage von 50 000 ℳ vermittelt worden, darunter war ein Stück, das allein einen Wert von 20 000 ℳ hatte. Unter den eingelieferten Wertgegenständen befinden sich auch wieder wertvolle Stücke aus dem Besitze des Großh. Hauses. So hat Prinz Max seiner früheren größeren Goldsendung in diesen Tagen wieder eine große Anzahl Silberschmuck der Ankaufsstelle überwiesen. Auch von anderer Seite sind der Goldankaufsstelle wertvolle Beiträge zugegangen.

Es ist zu hoffen, daß auch die letzten Tage der Goldankaufswoche — die Ankaufsstelle im Rathaus ist bis einschließlich Sonntag, den 24. geöffnet — noch erhebliche Mengen an Gold, Silber und Juwelen, die bisher als totes Kapital in den Schränken liegen, zufließen, damit diese Werte dem Vaterlande dienstbar gemacht werden. Es muß beachtet werden, daß jedes Goldstück, jedes Schmuckstück und Gerät, von dem sich weitherzigste Opferwilligkeit zu trennen vermag, den Kampf für das Vaterland mitkämpft. Na.

Letzte Drahtberichte.

WB. Berlin, 21. Febr. In der heutigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: 1. der Entwurf einer Verordnung über die Abänderung der Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung; 2. die Vorlage betreffend Festlegung des Zigarettenkontingents für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni; 3. die Vorlage betreffend die Zulassung verschiedener Blätterarten als Tabakersatzstoff.

WTB. Berlin, 21. Febr. Der „Reichsanzeiger meldet, die Verleihung des Ordens Pour le Mérite an den General d. Kav. Freiherrn v. Richthofen.

* Wien, 21. Febr. Die Abendblätter bringen die bisher nicht bestätigte Meldung, daß der Leiter des Amtes für Volksernährung, Minister und Generalmajor. von Höfer, aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied eingereicht habe. Als Nachfolger wird der Vertreter der österreichisch-ungarischen Armee in der rumänischen Erntekommission Generalmajor von Sandler ernannt.

Heimkehr von Auslandsdeutschen.

* Berlin, 20. Febr. Verschiedene Zeitungen meldeten kürzlich die am 4. Febr. erfolgte Ankunft des englischen Dampfers Moerleben in Hoeck van Holland mit 99 Ausgewiesenen aus Deutschsüdwestafrika. Die an maßgebender Stelle eingezogenen Erkundungen haben ergeben, daß die Nachricht in dieser Form unzutreffend ist. Es handelt sich vielmehr bei den mit dem genannten Dampfer Beförderten um aus der Goldküste ausgewiesene Deutsche, die am 5. Februar bereits nach Deutschland weiter gereist sind.

Die unzufriedenen Polen.

WTB. Wien, 21. Febr. Die Mittelpartei und die Verfassungspartei des Herrenhauses faßten einen Entschluß worin sie erklären, der polnische Widerstand gegen die allgemeine Politik des Staates sei nicht zu verantworten und umso ungerechtfertigter, als nach den gestrigen Erklärungen des Ministerpräsidenten der Zwischenfall von Cholm einer ausgleichenden Lösung zugeführt werden soll. Sie erwarten, daß die in Galizien und im polnischen Besetzungsgebiet herrschende Erregung über den Friedensvertrag mit der Ukraine schwinden werde. Sie sprechen ihre Zustimmung zu der bisherigen Haltung des Ministers des Aeußern aus, versichern ihn ihres vollen Vertrauens und ihrer Unterstützung und hoffen, daß sein bisher so gedeihliches Wirken für die Zukunft von vollem Erfolg begleitet sein werde.

Das preußische Wahlrecht.

WTB. Berlin, 21. Febr. Im preußischen Wahlrechtsausschuß ist ein Antrag der Nationalliberalen eingelaufen, der die Einführung der Wahlpflicht vorsieht. Die Strafe für Wahlversäumnis soll eine bis fünfzig Mark betragen, und gegebenenfalls den dreifachen Steuerbetrag. Ein konservativer Antrag sieht gleichfalls die Einführung der Wahlpflicht vor. Der Minister des Innern bemerkte, daß die Regierung im allgemeinen gegen die Einführung der Wahlpflicht sei. Ein Mitglied des Zentrums sprach sich gegen die Einführung der Wahlpflicht aus, ein freisinniger Abgeordneter wünschte, daß man den Sonntag als Wahltag festlegen solle. Hierauf wurde von dem Ausschuß die Einführung der Wahlpflicht grundsätzlich beschlossen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen, und beide Anträge einem Unterausschuß überwiesen.

WTB. Berlin, 22. Febr. Der Wahlrechtsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses verwies gestern eine Reihe von Paragraphen an den Unterausschuß und führte die Beratungen über die Abgeordnetenhausvorlage vorläufig zu Ende.

Fliegerangriff auf Insbruck.

* Innsbruck, 21. Febr. Das „Innsbrucker Abendblatt" meldet: Heute nachmittag um 3 Uhr erschienen von Süden kommend drei feindliche Flieger über unserer Stadt. Sie umkreisten den Bahnhof und die angrenzenden Stadtteile und warfen drei Bomben ab. Eine Frau ist tot. Ein Militärarbeiter erhielt schwere Brandwunden. Die Flieger warfen eine große Anzahl von Flugzetteln ab, die in deutscher Sprache gehalten waren und mit den Worten endeten: „Viele Grüße. Auf Wiedersehen." Schließlich entflogen sie in nordwestlicher Richtung. Der „Tiroler Anzeiger" meldet dazu: Einen regelrechten Ueberfall unternahmen die Flieger auf zwei Rote Kreuz-Züge, die sie mit Maschinengewehrfeuer überschütteten. Wie wir hören, soll ein österreichischer Flieger einen der feindlichen Flieger in der Gegend der Martinswand zum Absturz gebracht haben.

Die französischen Skandale.

() Paris, 22. Febr. (Privattelegramm.) Nach dem „Temps" hat der Militärgouverneur von Paris vom Senat die Ermächtigung zur Verfolgung von Charles Humbert verlangt. Das neue Verlangen wird gestellt, wegen Einvernehmens mit dem Feinde, eines Vergehens, das den Militärgerichten überwiesen werden muß.

Briand und Painleve unter Anklage.

() Berlin, 22. Febr. Von der schweizerischen Grenze wird dem „Berl. Tagebl." mitgeteilt, daß nach einer Mitteilung des „Figaro" den früheren Ministern Briand und Painleve eine Vorladung zu einer Vernehmung in einer gegen sie erstatteten Anzeige für den nächsten Dienstag zugestellt worden sei. Die beiden Staatsmänner haben an den letzten Kammersitzungen nicht teilgenommen.

Gold- und Silberankaufsstelle
Karlsruhe.

Die Annahme von **Gold, Silber, Platin u. Juwelen** während der 1008

Goldankaufswoche

von Sonntag, den 17. Februar bis einschl. **Sonntag, den 24. Februar,** erfolgt im

Rathaus

Zimmer Nr. 73, eine Treppe hoch, täglich geöffnet von 10—12½ und **3—5 Uhr.** Während der Goldankaufswoche können Auszahlungen nicht vorgenommen werden und bleibt die Geschäftsstelle, Stephanienstraße 28, solange **geschlossen.** Die Auszahlungen für diese Einlieferungen erfolgen nach vorgenommener Taxation von Montag, den 4. März ab im bisherigen Lokal, Stefanienstraße 28, Montag und Mittwoch, von 10 bis 12½ Uhr. Auch können dort die Beträge für abgelieferte Platinstift bis zu Nr. 5356 in Empfang genommen werden.

Kochkiste! Bevor Sie eine Kochkiste kaufen, lassen Sie sich

Eberhards „Durchhalter"

erklären, denn er bietet Ihnen die größten Vorteile. Zu haben in fast allen **Haushaltungsgeschäften** oder bei

Edmund Eberhard,

Haus- und Küchengeräte-Magazin

Ludwigsplatz 40b. 1147

Im großen Rathaussaal

Freitag, den 22. Februar 1918, abends 8 Uhr:

Oeffentlicher Vortrag

über die Nesselfaser,

ihre **Anpflanzung, Sammlung** und **Verwertung** von Herrn Direktor **Rumswinkel** aus Coblenz.

Ausstellung von Nesselgeweben — Freie Aussprache.

Eintritt frei. Einige vorbehaltene Plätze sind zu **50** Pfg. an der Abendkasse zu haben.

Der Karlsruher Hausfrauenbund.
Der Badische Frauenverein.
525 **Der Katholische Frauenbund.**

Es fehlte uns

Fuhrwerk. Deshalb sammeln wir in dieser und der nächsten Woche erst im **Stadtteil Mühlburg,** dann in der **Südweststadt** (Straßen westlich der Ettlingerstraße). 1142

Altpapier- u. Altmaterialiensammlung

Bad. Landesverein vom Roten Kreuz

Dep.-Abtlg.

Die Kunsthandlung

Karl Haberstock

Berlin W. 9, Bellevuestraße 15

sucht zu kaufen Werke von

Wilhelm Trübner

aus jeder Schaffenszeit; besonders Landschaften aus dem letzten Jahrzehnt.

Nur Angebote, die ausführliche Angaben über die Größe der Bilder, gemessen ohne Rahmen, Darstellung, äußersten Preis, (möglichst auch, ob im Trübnerwerk, Klassiker der Kunst, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, abgebildet) enthalten, finden Berücksichtigung. 15018

Taschenlampen-Batterien

erstklassige Ware eingetroffen 1209

Grund & Oehmichen, Waldstr. 26.

Instrumental-Verein Karlsruhe (e.V.)

Unter dem Protektorat Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs Friedrich II. von Baden.

Montag, den 25. Februar 1918, abends ½8 Uhr, im grossen Saale des Museums

II. KONZERT

Mitwirkende:

Gesangs-Quartett: Fridl Rothmund (Sopran), **Lisl Pfeifer** (Alt), **Gunnar Graarud** (Tenor), **Otto Wessbecher** (Baß)

— Begleitung: **Hugo Rahner. Das Vereinsorchester.** —
Musikalische Leitung: Herr Musikdirektor **Theodor Munz.**

1. **VII. Sinfonie,** C-Dur, Haydn; 2. **Zigeunerlieder** v. Brahms; 3. **Vier Menuette** von Mozart; 4. **Drei Gesangs-Quartette,** Mendelssohn; 5. **Ouvertüre, Günther von Schwarzburg,** — Holzbauer. —

Der Konzertflügel ist aus dem Lager des Herrn Hoflieferanten Ludw. Schweisgut.

Unsere verehrl. Mitglieder nebst deren Familienangehörigen laden wir hierzu höflichst ein. Eintritt nur gegen **Vorzeigen der Mitgliedskarten** gestattet. 1206

Eintrittskarten für **Nichtmitglieder** zu **1 Mark** zugunsten der Roten Kreuzes.

Badischer Frauenverein, Abteilung II.

Fröbelscher Kindergarten

Kriegstraße 109 2309

Anmeldungen werden täglich von 9—11 und 3—5 Uhr entgegengenommen.

Abgängige Tiere

aller Art **kauft** K1

Städt. Gartenamt Karlsruhe.

Städt. Arbeitsamt K4

Gesucht

werden

Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen z. Anlernen
sowie
Stundenfrauen
für häusliche Arbeiten

für sofort oder später

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienst-Meldestelle

Karlsruhe

Zähringerstr. 100, II. Stock.

Die Städt. Brockensammlung

Baumeisterstr. 32

— Hinterhaus —

nimmt für die Bedürftigen der Stadt dankbar jede Gabe in Hausrat, Männer-, Frauen- und Kinder-Kleider, Wäsche, Stiefel 2c. entgegen. C1

Ich **suche** für meinen 16½ jähr. Sohn, d. eine Handelssch. bes. hat, eine 7016

Lehrstelle

in einem guten kaufm. Geschäfte. Angebot. u. nähere Angaben erb. unter Postf. Nr. 29, **Edenkoben,** Pfalz.

Billig zu verkaufen:
Pack- und Brief-

Siegellack 1169

extra gute Ware à Pfd. Mk. 3.50, feinste Cedernholz-Bleistifte à Dtzd. Mk. 1.80, Feinstes Bleigummi 12 Stck. Mk. 4.50.

Martin Hoffmann,
Frankfurt a. M., Spohrstraße 37.

Straßen- u. Fabrik-

Besen

ca. 8 cm. breit und 30 cm. lang
Postpakete, 2 u. 4 Stück, liefert noch prompt p. Nachnahme Stück **4.80 Mk.** exkl.
Verpackung unfrankiert, bei Dutzendabnahme franko incl. Verpackung. 8004

Besen- u. Bürsten-Industrie

Celle i. H. 350 Arbeiter.

Vertreter und Händler

überall gesucht.

Student der Mathematik

erteilt Stunden in **Mathematik, Physik und Chemie** für alle Klassen zu mässigen Preisen. Anfragen unter Nr. 7011 an die Gesch.-Stelle der „Bad. Landeszig."

Junge, gesunde Frau, wirtschaftlich tüchtig, sucht Stelle als

Haushälterin

in frauenlosem Haushalte. Angeb. unt. Nr. 7015 an die Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung".

Entwickeln

von Platten und Films, Anfertigen von Copien, Vergrößerungen, Reproduktionen 2c., übernimmt bei tadelloser Ausführung 1001

J. Lösch, Photog.-Handlung

Herrenstr. 35. Mitglied d. R.-S.-B.

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Freitag, den 22. Februar, B 38 (gelbe Karten):

Zum erstenmal:

Wölfe in der Nacht.

Komödie in 3 Akten von Thaddäus Rittner.

Anfang 7 Uhr. Ende ½10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus,

Freitag, den 22. Februar.

33. Sondervorstellung des Großh. Hoftheaters.

Das Glöckchen des Eremiten.

Komische Oper in 3 Akten.

Rose Friquet: Therese Müller-Reichel a. G.

Anfang 7 Uhr. Ende ¾10 Uhr.

Underberg

Wahlspruch:

SEMPER IDEM.

15062

Underberg-Boonekamp wird nur noch unter der Bezeichnung

Underberg

in den Verkehr gebracht. Die alte anerkannt vorzügliche Qualität bleibt unverändert.

Hoflieferant Sr. Maj. d. Deutschen Kaisers, Königs v. Preussen.

H. Underberg-Albrecht

RHEINBERG (Rhld.) • Gegründet 1846.

Kammerlieferant Sr. Maj. d. Kaisers v. Oesterreich, Königs v. Ungarn.